

Datum: Freitag, 27. Mai 2022

FRANKFURTER RUNDSCHAU

Die Paulskirche, das leicht verstaubte Nationaldenkmal der deutschen Demokratie, blühte am Mittwochvormittag wieder auf. Juri Zachriat von der Wöhlerschule hatte sich als Friedrich Christoph Dahlmann verkleidet, Mathis Eckert von der Musterschule als Franz Jacob Wigard – beides Abgeordnete in der ersten deutschen Nationalversammlung von 1848/1849.

In originalen, scharfen Worten schleuderten sich die beiden ihre Sichtweisen auf das künftige Wahlrecht entgegen. Franz Jacob Wigard verteidigte das Klassenwahlrecht; Friedrich Christoph Dahlmann machte sich für das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht stark – wie es auch in die erste deutsche Verfassung, die Paulskirchenverfassung, aufgenommen wurde.

Dann führten die Schülerinnen und Schüler von 13 Frankfurter Schulen beim Format „Junge Paulskirche – Schülerforum zur Demokratie und Verfassung“ im Schnellmarsch an Wegmarken der deutschen Demokratiegeschichte entlang: 1918 wurde das Wahlrecht auch für Frauen eingeführt. Die Reichstagswahl 1933 war die erste Wahl unter NS-Herrschaft und zugleich die letzte Wahl mit mehreren Parteien. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz beschlossen. Am 14. August 1949 war die erste Bundestagswahl überhaupt.

Aber was bedeutet Demokratie und Verfassung für junge Menschen im Jahr 2022? Darüber haben sich die Oberstufenschülerinnen und -söhler sechs Monate lang ausgetauscht. Herausgekommen ist ein bemerkenswertes Memorandum, gefördert von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft, das sie dem Leiter der hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Alexander Jahn übergeben.

Das Memorandum ist strukturiert aufgebaut. Erst kommt die Problemstellung, dann eine Pro- und eine Contra-Argumentation. Schließlich werden These und Antithese zur Synthese zusammengeführt – die Dialektik der antiken Philosophie wird so mit neuen Inhalten bereichert.



Auftritt von Schülerinnen und Schülern in der Frankfurter Paulskirche.

RENAE HOVER

Ein Update für die Paulskirche

Schülerinnen und Schüler haben beim Format „Junge Paulskirche“ ein Memorandum zu aktuellen Verfassungsfragen erarbeitet / Von Florian Leclerc

Sollte man das Grundgesetz aktualisieren? Diese Frage wurde anhand des Begriffs „Rasse“ (Artikel 3 des Grundgesetzes) und dem Asylrecht (Artikel 16 und 16a) diskutiert. Im Ergebnis heißt es: Das Grundgesetz sollte an die heutige Gesellschaft angepasst werden, wenn die Änderungen auf Notwendigkeit beschränkt bleiben.

Bei den Grenzen der Meinungsfreiheit fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ebenfalls einen Kompromiss. Die Meinungsfreiheit sei als eines der

höchsten Güter zu schützen, Hassreden sollten aber nicht ungestraft bleiben. Beim Thema gendergerechte Sprache wurde deutlich, dass das generische Maskulinum ausgrenzend wirke und nicht gendergerecht sei. Ein von der Politik durchgesetztes „Genderdeutsch“ lehnten die Teilnehmerinnen ab und vertrauten auf eine Sprachänderung im Laufe der Zeit.

Bei der Debatte Freiheit versus Sicherheit setzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine

funktionierende Exekutive, die in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund sensibilisiert werden sollte, etwa mit regelmäßigen Fortbildungen.

Die Frage, ob die Nationalstaaten in der Europäischen Union aufgehen sollten, beantworteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Nein. Liberale Demokratien seien ein Gegengewicht zu Nationalismus und Rechtsextremismus. Ein Superstaat könnte ein Vakuum verursachen, in dem Rechtsextremismus

und Nationalismus gedeihen könnten. Ein „Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ sei wünschenswert, in dem manche Staaten voranschreiten und andere mit sich ziegen. Bei den Foren wurden die Schülerinnen und Schülern von Experten und Expertinnen beraten.

„In der Kapelle meines Herzens ist ein Flutlicht angegangen“, sagte Alexander Jahn bei der Übergabe des Memorandums. „Es wachsen Demokratinnen und Demokraten heran.“